Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe einzusendender Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,950.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif

Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 327. Mittwoch den 23. November 1881. 75. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Es wird untersagt, den hinter der Rennbahn über das Pleißenflußbett führenden **Kettensteg** durch **taktmäßiges Marschiren mehrerer Personen oder sonstwie absichtlich in schwingende Bewegung zu setzen,** oder auf demselben **stehen zu bleiben.**

Zuwiderhandlungen werden mit **Geldstrafe bis zu 60 Mark** oder mit **Haft bis zu 14 Tagen** geahndet werden.

Leipzig, am 21. November 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hartwig.

Bekanntmachung.

Im Hofe der hiesigen Gasanstalt sollen
Dienstag, den 29. November d. J., Nachmittags 3 Uhr,
ungefähr 50,000 Kilo altes Gußeisen und
4,000 Kilo altes Schmiedeeisen incl. Blechstücke
in zwei unter sich getrennten Partien an den Meistbietenden, jedoch mit Vorbehalt der Auswahl unter den Licitanten, öffentlich versteigert werden.

Die Licitationsbedingungen sind im Bureau der Gasanstalt einzusehen, auch gegen Erlegung der Gebühren daselbst in Abschrift zu erhalten.

Leipzig, den 11. November 1881.

Des Raths Deputation zur Gasanstalt.

Wegen Reinigung der Locale bleiben die Geschäfte des Leihhauses und der Sparcasse für
Mittwoch, den 23. November a. c.
ausgesetzt.

Leipzig, den 19. November 1881.

Des Raths Deputation für Leihhaus und Sparcasse.

Den Handelsverkehr mit Australien betr.

Herr M. F. Bahse wird in der Zeit vom 23. bis 26 d. M. jeden Vormittag von 9 bis 12 Uhr auf unserem Bureau, Neumarkt 19, I., zu sprechen sein, um auf Fragen, welche den Handelsverkehr mit Australien betreffen, **Auskunft** zu ertheilen.

Leipzig, den 22. November 1881.

Die Handelskammer.
Dr. Wachsmuth, Vors. Dr. Gensel, S.

Bekanntmachung.

Montag, den 28. November 1881 von Vormittag **9 Uhr** an sollen im **Auenschlößchen zu Leutzsch** verschiedene, größtentheils vorzüglich erhaltene Restaurations-Utensilien, als 1 Billard, eine große Anzahl Tische und Stühle für Zimmer und Garten, 1 Buffet, Regulatoren, Bilder, Lampen, Bier- und Gasengläser, Flaschen, Porzellan, 1 Brücken- und 1 Tafelwaage rc., meistbietend gegen sofortige Zahlung versteigert werden.

Leutzsch, am 21. November 1881.

Der Ortsrichter.
Schmiedt.

Nichtamtlicher Theil.

Die Verlängerung der Budgetperioden.

Zu den Vorlagen, mit welchen der neue Reichstag bedacht werden wird, gehört auch, wie die Thronrede verkündet, der vielberufene Gesetzentwurf über die Verlängerung der Budgetperioden. Diese Kunde ist allgemein mit Ueberraschung und Befremden aufgenommen worden, denn eine unpopulärere Vorlage hätte Fürst Bismarck dem Parlamente nicht machen können. Indessen der Reichskanzler pflegt nun einmal undeugsam und mit Zähigkeit an seinen Lieblingsplänen festzuhalten, selbst wenn sie auf den ernstlichsten Widerstand bei der Mehrheit stoßen.

Es ist sicherlich sehr lehrreich, sich Angesichts der in Aussicht stehenden Materie die wunderbaren Schicksale dieses Gesetzentwurfes zu vergegenwärtigen. Derselbe wurde bereits in der Session von 1880 in das Haus gebracht, fand aber gleich anfangs in der Presse sowohl als unter den Reichsboten eine so entschiedene Ablehnung, daß er unter stillschweigender Zustimmung aller Parteien, und — wie es schien — der Regierung selbst, nicht einmal zur ersten Lesung auf die Tagesordnung gesetzt wurde. In der That, die Vorlage war ein todtgeborenes Kind; trotzdem beschloß Fürst Bismarck, dem Gesetzentwurfe Leben einzuhauchen. In der folgenden Session 1881 wurde zu großer und allgemeiner Ueberraschung die Vorlage trotz der stillschweigenden, aber um so schrofferen Ablehnung abermals eingebracht, und die Bill führte jetzt zu weitschichtigen, eingehenden und erregten Verhandlungen, welche die lebhafteste Beunruhigung im Reiche hervorriefen.

Die Regierung hält auch jetzt noch an der Auffassung fest, ihre Vorschläge seien lediglich eine politisch harmlose Frage der praktischen Zweckmäßigkeit, während es in Wirklichkeit auf eine Lähmung des unbequemen „Parlamentarismus" abgesehen war. Im Reichstag aber, dessen Ansehen durch die Vorlage ernstlich gefährdet war, wurde von liberaler Seite mit unwiderleglichen Gründen dargethan, daß durch die zweijährigen Budgetperioden und die abwechselnde Berufung des Reichstages ein Jahr um das andere, die der eigentliche Zweck und der Sinn des Gesetzentwurfes sei, die verfassungsmäßige Rechts- und Machtstellung der Reichsvertretung eine empfindliche Einbuße erleiden und damit die nationale Sache selbst, die im Parlamente einen hervorragenden Ausdruck finde, auf das Allerempfindlichste geschädigt werden würde. Sei die Verringerung des politischen Ansehens und der nationalen Bedeutung des deutschen Reichstages nicht Zweck der Vorlage, so werde sie doch die Wirkung eines solchen Gesetzes sein. Unter der lebhaftesten Zustimmung der breiten Massen unseres Volkes wurde betont, eines der wesentlichsten Volksrechte, ein Bollwerk ihrer Freiheit sei die Mitwirkung der berufenen Vertretung der Nation bei Feststellung des Budgets, bei der Bewilligung des Etats; bei dieser Gelegenheit kämen die wichtigsten Anliegen aller Volkskreise zur Sprache und man könne daher einer zweijährigen Feststellung des Etats mit ihren praktischen Folgerungen und der Absicht der zweijährigen Berufung des Reichstages nur zustimmen, wenn man eine Schmälerung der Rechte und der Bedeutung der Volksvertretung für gleichgiltig halte. Zudem seien die zweijährigen Budgetperioden bei der Schwierigkeit, die Ausgaben und Einnahmen auf einen so langen Zeitraum im Voraus festzustellen, praktisch kaum durchführbar; vermehrte Nachtragsetats würden zudem den Zweck der Zeitersparniß vollständig fruchtlos machen. Dem Uebelstande der parlamentarischen Ueberlastung werde dadurch nicht abgeholfen, daß man vielleicht ein paar Tage an der Budgetberathung, die überdies in wenigen Sitzungen abgemacht zu werden pflege, erspare.

Der Wucht dieser Beweisgründe gegenüber vermochte man sich bis tief ins conservative Lager hinein nicht zu entziehen. Die zweijährigen Budgets fanden nur vereinzelte Vertheidiger, und die Absicht, den Reichstag nur in jedem zweiten Jahre zu berufen, wurde nahezu einhellig unter dem Beifalle aller gemäßigten Leute im Lande — zurückgewiesen. Der ganze Gesetzentwurf aber wurde schließlich fast einstimmig abgelehnt und damit — wenigstens nach Aller Meinung — zu den Todten geworfen.

Trotz alledem wird heute wieder, als sei etwas Entscheidendes in dieser Sache überhaupt noch nicht geschehen, dieser verunglückte Gesetzgebungsplan mit harmloser Miene von Neuem angekündigt. Berechtigt denn, darf man sich fragen, irgend Etwas zu der Voraussetzung, daß dieser Reichstag dieser unglücklichen Frage günstiger gegenüberstehe als der vorige? Nichts trägt, das sollte doch die Reichsregierung endlich erkennen, zur Verstimmung der Volksvertretung und Lähmung der gesetzgeberischen Arbeiten mehr bei, als dies einige unfruchtbare Zurückkommen auf mehr oder minder vage Ideen, die längst die bündigste und unwiderruflichste Verurtheilung erfahren haben. Fürst Bismarck muß endlich für recht erkennen, daß der Reichstag ein dem Amte des Reichskanzlers ebenbürtiger Factor unseres öffentlichen Lebens ist. Der Reichstag selbst aber wird dafür zu sorgen haben, daß er von der Staatsgewalt nicht „überholt" wird, und daß er kein Titelchen von seinen verfassungsmäßigen Rechten aufgiebt. Das junge deutsche Parlament muß mit vereinten Kräften, ohne Parteirücksichten, sein Ansehen im Volke behaupten; der Reichstag ist der Ausdruck der Mündigkeit unseres Volkes, und an diesem Palladium darf nicht gerüttelt werden.

Leipzig, 23. November.

Se. Majestät der Kaiser hörte am Sonntag den Vortrag des Grafen Pückler und arbeitete längere Zeit allein. Im Laufe des Montags erledigte Derselbe Regierungsgeschäfte und ließ sich von den Hofmarschällen und später vom Geh. Hofrath Bork Vorträge halten. Am Sonntag empfing der Kaiser im Laufe des Tages den Besuch der kronprinzlichen Herrschaften und der Prinzessin Friedrich Karl. Wie ferner mitgetheilt wird, ist der Kaiser seit zwei Tagen genöthigt das Zimmer zu hüten und konnte in Folge Dessen weder an dem zur Feier des Geburtstages der Kronprinzessin im kaiserlichen Palais stattfindenden Festmahle, noch an der vorausgehenden Eröffnungsfeier im Kunstgewerbe-Museum theilnehmen.

Die officiöse Wiener „Montagsrevue", ein Blatt, welches auch gelegentlich Sensationsnachrichten übernimmt, bringt folgende auffällige Depesche aus Berlin, 20. November:

Durch einige hiesige Zeitungen ging vor Kurzem eine Mittheilung, Kaiser Wilhelm hätte Abends zwischen 5 und 7 Uhr, ohne jede Begleitung und ohne einen Wagen zu benutzen, einen Besuch im „Hotel du Nord" gemacht. Das Letztere befindet sich ganz in der Nähe des kaiserlichen Palais. Die Nachricht wurde nicht dementirt; aber es unterblieb auch jede Erklärung für diesen auffälligen Besuch. Zuverlässige Mittheilungen besagen, daß Kaiser Wilhelm dergleichen Besuche schon sehr oft in dem genannten Palais gemacht hat, und daß dieselben einer Dame gelten, welche als geheime politische Vertrauensperson des Kaisers von Rußland in regelmäßigen Zeiträumen in Berlin eintrifft. Um dieselbe unbemerkt und ohne jede Störung sprechen zu können, hat Kaiser Wilhelm ein im Parterre gelegenes Zimmer in dem genannten Hotel als Rendezvouslocal bestimmt und er nimmt auch bei den jedesmaligen Besuche stets dort den Thee. Der Besuch dauert gewöhnlich anderthalb bis zwei Stunden. Die Dame ist eine Gräfin T.

Wir erwähnen diese wunderliche Meldung nur, weil sie jetzt auch von deutschen Blättern wiedergegeben wird. Was dahinter steckt, vermögen wir natürlich nicht zu sagen. Wenn das Verhältniß zwischen Deutschland und Rußland ungetrübt geblieben ist, so ist dies vor Allem, wie man weiß, der vermittelnden Politik Sr. Majestät unseres Kaisers zu verdanken, der, wie man auch aus der obigen Notiz erkennen kann, keine Mühe sich verdrießen läßt, die freundschaftlichen Beziehungen mit dem russischen Hofe zu pflegen. Das Vaterland kann unserem greisen Kaiser, der so unermüdlich auch in dieser Hinsicht thätig ist, dafür gar nicht genug dankbar sein.

Ueber dem Reichstag ist durch die Präsidentenwahl abermals, wie in den letzten Sitzungen, die conservativ-klerikale Flagge aufgezogen worden. Aber es ist nur eine Noth- und Verlegenheitsflagge. Wenn das Präsidium ein Ausdruck der in der Volksvertretung herrschenden Mehrheit oder der maßgebendsten Parteien sein soll, so kann diese Eigenschaft dem neuen Präsidium nur sehr mit Vorbehalt und Einschränkung zuerkannt werden. Es war eine bunte und fragwürdige Mehrheit, welche dieses Präsidium wählte; Polen, Welfen, Elsässer und andere geschworene Feinde des Reiches mußten zur Hilfe herangezogen werden, und der Sieg mit Unterstützung solcher Elemente bewies höchstens, daß für einen einzelnen Zweck einmal eine conservativ-klerikale Mehrheit mühsam zusammenzubringen, gewiß aber nicht, daß eine solche dauernd für positive gesetzgeberische Aufgaben vorhanden ist. Die Liberalen sind im Präsidium gar nicht vertreten, trotzdem sie ihrer Gesammtzahl nach auf die erste Stelle Anspruch gehabt hätten. Sie werden sich über diese Zurücksetzung leicht trösten. Um so klarer ist es ausgesprochen, daß sie keine Verantwortung für die Leistungen dieses Reichstags tragen. Es sind in der „kaiserlichen Botschaft" für diese Gesetzgebungsperiode eine Reihe von Aufgaben gestellt worden, für die unseres Erachtens im jetzigen Reichstag überhaupt keine Mehrheit sich finden wird, ganz gewiß aber keine mit liberaler Beihilfe. Noch ist die conservativ-klerikale sogenannte Mehrheit die Hoffnung, auf welche bei thatsächlicher Arbeit gerechnet wird; so mag denn auch ihre Flagge über dem Reichstag wehen! Es wird nicht allzu lange währen, bis sie wieder eingezogen wird. Entscheidende Proben können nicht lange ausbleiben, bei denen es sich zeigen wird, ob eine nationale Reichspolitik mit dem Ultramontanismus, mit der von Rom aus geleiteten Jesuitenclique, vorwärts kommen kann.

Die „Verständigung mit den Liberalen" taucht, wie wir schon gestern meldeten, vereinzelt wieder in der Presse auf. Die „Köln. Ztg." bemerkt dazu:

Was der Ausgang solcher Verhandlungen sein würde, kann heute nicht mehr zweifelhaft sein. Die Thronrede mag in ihren Grundgedanken über Socialreform und Anderes auch für die Liberalen discutabel sein — die Wiederholung des Verfassungsänderungsvorschlages aber, die schroffe Ankündigung des Tabaksmonopols, die rückhaltlose Proclamirung der vollständigen Beseitigung der directen Steuern haben den Liberalen jede Möglichkeit einer Mitübernahme der Verantwortlichkeit für diese Politik des Kanzlers genommen. Ob die fragliche Aufforderung seitens der Liberalen gleich auf der Schwelle abgelehnt wird oder ob die Letzteren ihre Bedingungen stellen, ist im Grunde gleichgiltig. So lange der Inhalt dieser Thronrede seine Geltung behalten soll, ist die Ablehnung solcher Bedingungen von vorn herein sicher. Desgleichen legt diese Thronrede nur den Schluß nahe, daß ein Scheitern der Verhandlungen mit den Liberalen dem Kanzler lediglich erwünscht sein könne.

Nach einer der freiconservativen „Post" zugegangenen Mittheilung hat Herr Dr. Karl Braun in einer am Sonntag in Sagan gehaltenen Candidatenrede das Ausbleiben Herrn v. Forckenbeck's, welcher ihn einzuführen verheißen hatte, damit entschuldigt, daß Derselbe genöthigt gewesen sei, an Verhandlungen Theil zu nehmen, welche in Berlin behufs „Vereinigung der sämmtlichen liberalen Gruppen zu einer großen liberalen Partei" an diesem Tage stattfänden. Wir geben diese Nachricht hier ohne jede Gewähr für deren Richtigkeit wieder.

Bei der Nachwahl in Worms tritt wieder ein fortschrittlicher Candidat auf, der nach dem Zeugniß der „Volkszeitung" ein Gegner des Culturkampfes und der Maigesetze ist und darum alle Aussicht hat, von den Ultramontanen unterstützt zu werden. In der Zeit der Verfache, die einige liberale Partei zu bilden, ist die Frage wohl gerechtfertigt, was man Alles dem Ultramontanismus aufopfern darf, ohne die Eigenschaft eines Liberalen zu verlieren, und ob nicht bald Beispiele genug geliefert sind, wie sich die liberale Einigkeit in der Praxis ausnimmt oder ob es dieser neuen Aufstellung einer fortschrittlich-ultramontanen Gegencandidatur gegen einen Nationalliberalen noch bedurfte.

Der Reichstag hat eine Pause von einigen Tagen eintreten lassen, um den Abgeordneten Muße zu lassen, sich auf die Etatsberathung vorzubereiten. Der Etat selbst bietet in diesem Jahre keine sonderlichen Schwierigkeiten, grundsätzlichen Widerspruch wird wohl nur der eine Posten wegen des Volkswirthschaftsraths finden. Es wird dabei zum ersten Male eine Probe gemacht werden, ob im Reichstag eine für die wirthschaftlichen Lieblingsprojecte des Reichskanzlers günstige Mehrheit vorhanden ist; die Zustimmung zum Volkswirthschaftsrath würde gute Aussichten auch für andere noch schwerer wiegende wirthschaftliche Pläne eröffnen. In der vorigen Session stimmte weitaus die Mehrheit des Centrums um den Abgeordneten Windthorst gegen diesen Vorschlag, eine kleine Minderheit um den Abgeordneten von Schorlemer dafür. Man wird gespannt sein dürfen, wie sich das Centrum jetzt entschließen wird. Wenn der Etat im Uebrigen erhebliche Anfechtungen schwerlich erfahren wird, so wird sich doch voraussichtlich die Berathung zu einer Verhandlung im großen Stile über die gesammte innere Politik und Lage gestalten. Die Wahlbewegung und die dadurch geschaffene Lage wird im Spiegel einer großen parlamentarischen Debatte erscheinen; jedenfalls wird man auch das persönliche Eingreifen des Reichskanzlers und damit Aufklärungen über so Vieles erwarten dürfen, was heute in der Stadt beständig wechselnder Gerüchte haltlos umhertreibt. Die Etatsvorlage selbst ist es nicht, was große Auseinandersetzungen nöthig machen würde; allein in dem Rahmen dieser Verhandlung muß Vieles und Wichtiges zur Sprache kommen, was von der Parlamentstribüne und vom Regierungsplatz aus eine Beleuchtung bisher nicht finden konnte.

Da die Plenarsitzungen des Reichstages erst am Donnerstag wieder aufgenommen werden, Commissionen aber bisher noch nicht gewählt sind und selbstverständlich auch kein Arbeitsmaterial haben könnten, so sind die meisten auswärtigen Abgeordneten am Sonnabend mit den Abendzügen in die Heimath zurückgekehrt. Man darf auch nicht darauf rechnen, daß schon am Ende dieser Woche so viele Reichstagsmitglieder wieder in Berlin anwesend sein werden als zur Präsidentenwahl versammelt waren, denn in München, in Dresden, in Karlsruhe und selbst in einigen kleinstaatlichen Residenzen werden eine erhebliche Anzahl von Abgeordneten durch die gleichzeitig versammelten Einzellandtage zurückgehalten. Von den Abgeordneten aus Baden waren zur Präsidentenwahl zwei, die zugleich Landtagsmitglieder sind und deren einer der liberalen, ein anderer der ultramontanen Seite der Kammer angehört, nur auf Grund einer „Abpaarung" in Berlin erschienen. Da in München und Dresden ähnliche Verhältnisse herrschen wie in Karlsruhe, d. h. die Mehrheit durch das Fehlen mehrerer Mitglieder leicht alterirt werden kann, so würden auch dort sich „Abpaarungen" empfehlen.

Die „Elsaß-Lothringische Zeitung" veröffentlicht weitere Gesetzvorlagen für Elsaß-Lothringen, darunter den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Gerichtskosten und die Gebühren der Gerichtsvollzieher. Der Landeshaushalts-Etat pro 1882/83 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 46,789,691 Mark ab, eine halbe Million weniger als der Etat 1881/82.

Der zum österreichisch-ungarischen Minister des Auswärtigen ernannte Graf Kalnoky wird sich der „Polit. Corresp." zufolge am 24. d. zur Abschiedsaudienz bei dem Kaiser Alexander von Wien nach Petersburg zurückbegeben. — In Bezug auf den gestern aus Wien gemeldeten Pairsschub ist noch zu bemerken, daß die allgemein erwartete Berufung der Generale Rodich und Philippovic nicht erfolgt ist. Eine Ueberraschung hat die Liste, weder was die Zahl, noch die politische Richtung der neu berufenen Herrenhausmitglieder betrifft, bereitet. Sämmtliche neuen Pairs sind klerikal-föderalistisch, so daß durch den Pairsschub die Regierungspartei im Herrenhause allerdings eine Verstärkung erhält, die indeß zu einer Verschiebung der Machtverhältnisse noch nicht hinreicht. Vorerst behält die Verfassungspartei noch die Majorität in der Ersten Kammer.

Eine Rolle im politischen Leben hat von den Neuernannten bisher nur Graf Belcredi gespielt.

Die Schwierigkeiten, welchen Gambetta begegnet, sind hauptsächlich beim Senat zu suchen. Neuerdings hat das Ergebniß der Wahl eines lebenslänglichen Senators die Gambettistischen Kreise arg verstimmt. Die Niederlage des Seinepräfecten Herold und die Wahl des gemäßigten Republikaners Boissy-Lavernière, eines intimen Freundes Jules Simon's, ist vor allem ein Protest des Senates gegen die Ernennung Paul Bert's zum Cultusminister und gegen die allgemeine Tendenz des Cabinets Gambetta. Dadurch ist nunmehr officiell festgestellt, daß Gambetta für seine Reform-Pläne bei der jetzigen Mehrheit des Senats auf entschiedenen Widerstand stoßen würde, also das Ergebniß der demnächstigen theilweisen Neuwahlen abwarten muß, wenn ihm nicht gerade daran liegen sollte, einen Conflict hervorzurufen. Sein Organ, die „République française" nimmt für das neue Cabinet die Ehre in Anspruch, es Revisionsministerium zu nennen. Von anderen Blättern wird der Satz Ludwig's XIV. „der Staat bin ich!" auf Gambetta übertragen: „das Cabinet ist Gambetta!" — Das neue Ministerium giebt Veranlassung zu einem Rückblick auf den ungeheuren Ministerverbrauch in der dritten Republik. Die dritte Republik hat in etwas mehr als elf Jahren nicht weniger als 13 Cabinete mit 159 Ministern gehabt, was für jedes Cabinet eine durchschnittliche Amtszeit von 314 Tagen ergiebt. Am wandelbarsten war das Ministerium des Innern, welches 28 Inhaber zählte. Die übrigen wechselten wie folgt: Ackerbau und Handel 19, Krieg 18, Finanzen 17, öffentliche Arbeiten 17, Marine 15, auswärtige Angelegenheiten 14, Unterricht und schöne Künste 14, Justiz 13, Post und Telegraph 3, Cultus 1. Letzteres Ministerium hat seine Beständigkeit dem Umstande zuzuschreiben, daß es allein als solches überhaupt nur sieben Tage (vom 18. bis 25. Mai 1876) bestanden hat. Unter den 159 Ministern sehen wir aber oft dieselben Namen wiederkehren; Léon Say war sieben Mal Minister, Ciffey, Decazes und Teisserenc de Bort je sechs Mal, Fourtou und Waddington je fünf Mal, Dufaure und Fourichon je vier Mal. Elf Minister kehren drei Mal, 22 zwei Mal wieder und nur 39 haben sich mit einmaliger Besitznahme eines Ministeriums begnügt. Von den verschiedenen Mitgliedern der 13 Cabinete sind 13 bis jetzt gestorben.

Eine Depesche des Generals Saussier vom 18. d. Mts. meldet: Die am 13. d. Mts. geschlagenen Aufständischen warfen sich in Unordnung auf den Weg nach Gabes, welchen die Colonne des Generals Logerot eingeschlagen hat. Die Aufständischen haben noch viele Stücke Vieh verloren. General Saussier traf am 18. d. in Cerminia, zwei Tagemärsche von Gafsa entfernt, ein; die Notabeln der Stadt haben bereits ihre Unterwerfung angezeigt. Die Aufständischen fliehen in südöstlicher Richtung. — General Délebecque meldet unter dem 19. d. seine Ankunft in Maghar-Foukani, welches er verlassen fand. Der Ort soll zerstört werden. — Im Allgemeinen fließen die Nachrichten aus Tunis jetzt recht spärlich.

Während der Budgetberathung in der italienischen Kammer fiel in der Sitzung vom Montag von der Tribüne ein Revolver in den Saal vor die Bank der Commission, ohne loszugehen. Der Präsident ordnete die sofortige Verhaftung des Schuldigen an. Die Berathung wurde fortgesetzt.

Die norwegische Linke demaskirt sich mehr und mehr. Die Bezeichnung „Parlamentsheer", welche die Organe der Rechten mit einem satirischen Anstrich den radicalen Volksbewaffnungs-Vereinen beigelegt haben, wird von dem Leiborgan Björnstierne-Björnsons, „Verdens Gang", dankend gebilligt und bei dieser Gelegenheit die Geschichte der englischen Revolution erzählt, um zu zeigen, was in der Bezeichnung liegt. Mit besonderer Vorliebe verweilt der betreffende Artikel des radicalen Blattes beim Bürgerkrieg und Königsmord und stellt das englische Volk mit einer gewissen Aufdringlichkeit als ein Muster zur Nachahmung auf und zwar in Ausdrücken, die deutlich eine Parallele zwischen den damaligen englischen und den jetzigen norwegischen Verhältnissen zu ziehen suchen.

Aus Stadt und Land.

* Leipzig, 23. November. Der Verein für innere Mission hat für diesen Winter zwei Cyklen innerlich zusammenhängender wissenschaftlicher Vorträge in Aussicht genommen. Der erste Cyklus: „Bilder aus dem Orient" beginnt heute Abend im großen Saale des Vereinshauses (Roßstraße 9) 7½ Uhr. Herr Pfarrer Dr. phil. Lüttke aus Schkeuditz, welcher Jahre lang in Egypten beruflich gearbeitet, wird über das Thema reden: „Aus dem Lande der Pharaonen". Die Vorträge werden zum Besten des Vereinshauses für innere Mission gehalten.

— Bei der bis jetzt so milden Witterung ist es mit dem Arbeiten der Geleisanlage der neuen Pferdebahnlinie nach Lindenau recht erfreulich von Statten gegangen. Es sind auf dieser Linie zwei Arbeiterecolonnen thätig, eine Colonne auf der Lindenauer Chaussee und eine im Orte Lindenau. Auf Leipziger Gebiet liegen die Schienen von der Brücke am Frankfurter Thor ab bereits eine ziemliche Strecke über die Rathsziegelei hinaus. In Lindenau liegt das Geleis bereits in der Leipziger Straße und den Marktplatz entlang bis zum Gasthof an „Deutsches Haus" und läuft mit einer Curve um genanntes Grundstück herum, in die Querstraße, woselbst man auch schon diese Woche zur Schienenlegung kommen wird. Wie uns mitgetheilt wird, ist die Strecke durch die Straßen von Lindenau und Plagwitz mit ihren zahlreichen Curven länger als die Strecke von Leipzig nach Lindenau (an die Brücke der Leipziger Straße dafelbst).

— Der akademisch-volkswirthschaftliche Verein hält heute Abend 8 Uhr seine dritte ordentliche Sitzung, in welcher Herr Wirth einen Vortrag über antiken und modernen Freihandel nach Rodbertus zu halten gedenkt. Die Sitzungen des Vereins finden jeden Mittwoch Abend statt und es stehen für das laufende Semester mehrere interessante Vorträge in Aussicht. Gäste sind stets willkommen und bedürfen keiner Einführung.

* Reudnitz. Wie wir schon kürzlich angezeigt haben, giebt sich das Comité für die Beschenkung armer Reudnitzer Kinder zur Weihnachtszeit in Reudnitz alle denkbare Mühe, einen recht ansehnlichen Fonds anzusammeln und die Beschenkung der Armen recht reichlich ausfallen zu lassen.